

## **Propaganda - »Sturmgeschütz«**

**»Dissidenten in Kuba«, SPIEGEL-online, 23.11.09**

Der »Spiegel« – Das »Sturmgeschütz der Demokratie« (Rudolf Augstein) ballert mal wieder auf alles, was mit dem eigenen, ja eigenwilligen Verständnis von Demokratie nicht kompatibel erscheint. Da wird dann auch gerne mal ein durch eine Operation zeitweilig passiver Linkspolitiker im eigenen Land genüsslich mittels Kloakenjournalismus fertig gemacht. Aber vor allem das sozialistische Cuba ist immer wieder Projektionsfläche für den Hass auf alles, was der kapitalistischen Barbarei eine Alternative entgegensustellen in der Lage ist.

Damit dieses Motiv nicht gar zu offensichtlich ist, wird sich gern berufen auf sog. »Menschenrechts-« oder »Nichtregierungsorganisationen«, auch wenn diese in weit größerer Abhängigkeit zu ihren Regierungen stehen als manch andere an staatlichem Tropf hängende offizielle Gruppierung.

Nun, da erst am 28.10. in der UNO-Vollversammlung 187 der 192 Mitgliedsstaaten die barbarische US-Blockade gegen Cuba verurteilten und die spanische Regierung als anstehende EU-Präsidentschaft dabei ist, endlich gleichberechtigte Beziehungen mit der Insel anzustreben – nicht ohne diplomatische Breitseiten gerade von der neuen Regierung der Bundesrepublik Deutschland – nun gerade also leistet, wie zufällig, SPIEGEL der schwarzgelben Koalition Schützenhilfe und ballert aus allen Rohren. Dass dabei das Niveau ebenso wie die journalistische Kompetenz auf der Strecke bleibt – was soll's. Ist der Ruf erst ruiniert .. siehe oben.

Damit der Leser des jüngsten anticubanischen Propaganda-Coups auch gar nicht erst auf die Idee kommt, sich der cubanischen Realität mit Respekt und Sachverstand anzunähern, wird bereits im Titel das Urteil gefällt – wie erbärmlich, selbst aus rein professioneller Sicht.

Da werden rechtskräftig verurteilte Kriminelle wie üblich zu harmlosen und daher um so mehr zu bemitleidenden »Regimegegnern« umgelogen, eine am Tropf diverser Dienste hängende und in den besten Hotels am Platze in Havanna arbeitende Provokateurin, die auch schon mal zu militärischem Aufstand aufruft, zu einer »preisgekrönten Bloggerin« (ohne über die Hintermänner und Finanziere dieser Preise Auskunft zu geben) und schließlich mit Genuss die Forderung der am Tropf diverser US-Regierungsstellen hängende »Human Rights Watch« (die mit Vorliebe massive Propagandakampagnen gegen die fortschrittlichen Regierungen von Venezuela, Bolivien usw. fährt) kolportiert, jetzt sei es an der Zeit für die US-Regierung »eine harte Haltung gegenüber Kuba« einzunehmen.

Im Sinne von vermeintlicher »Objektivität« wird Herr B. Hoffmann mit der Einstellung zitiert, dass die harte Haltung gegenüber Kuba (»Gemeinsamer Standpunkt« der EU) aufgegeben werden solle – aber nur, um klarzustellen, dass dies wohl im Moment taktisch falsch sei. Denn: »Die Frontstellung nach außen stabilisiere die Regierung in Havanna eher, als das sie sie bedrohe«. Für das mediale Bedrohungsszenario allerdings wird wohl auch zukünftig der SPIEGEL immer zur Verfügung stehen.

**Heinz-W. Hammer, Essen** (23.11.2009)

---

Zum selben Thema ein weiterer Brief an Spiegel-online:

Jülich, d. 24.11.2009

Während die U.S. gesteuerten Medien die Aufmerksamkeit der Welt beispielsweise schon 2008 auf die bis dahin unbekannte junge Kubanerin Yoani Sanchez lenkten, die von den Internetzugängen in den Hotel-Lobbys Havannas aus für teure CUCs, die sie angeblich nur bei Stadtführungen deutscher Touristen verdient, im Internet Tagebuch über ihren „kläglichen“ Alltag in Kuba führt, berichtete sogar die angesehene „Los Angeles Times“ am 7. Mai 2008 unter dem Titel "Kuba - USAID-Programm wird gründlich überprüft" ganz offen über Veruntreuung von Spendengeldern, die für kubanische „Dissidenten“ gedacht waren und dass das 12 Jahre alte mit einem 45-Millionen\$-Budget ausgestattete so genannte "Demokratisierungsprogramm" in erster Linie dazu diene, Kommunikationsmittel nach Kuba zu schmuggeln, um die "Dissidenten" beim Sturz des kubanischen politischen Systems zu unterstützen. Was der Autor Paul Richter nicht ansprach, war, dass es in jedem Land der Welt – so in Deutschland wie in den USA – verboten ist, von befeindeten Staaten Mittel entgegenzunehmen und einzusetzen, die dazu dienen, das Staatssystem zu zerstören. Die Bundesrepublik begründet u.a. damit die Existenz des Verfassungsschutzes.

Mein Kommentar zu Ihrem Artikel: Allzu billig und verlogen.

***Josie Michel-Brüning***